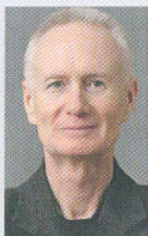


## Killer oder KMU-Lobbyisten?

*Die aktuelle Lobbying-Diskussion birgt eine Chance für die mittelständische Wirtschaft*

Von Mag. Wolfgang Lusak  
(Unternehmensberater und Lobby-Coach)



In Mario Puzos Epos „Der Pate“ sagt Don Corleone einmal: „Ich brauche keine Killer, ich brauche Rechtsanwälte“. In einer modernen Fassung würde er vielleicht „Lobbyisten“ statt „Rechtsanwälte“ sagen. Diese gelten nämlich jetzt schon als die wichtigsten Ratgeber und Agenten von Reichen und Mächtigen. Womit ich in keiner Weise sagen will, dass die Auftraggeber von Profi-Lobbyisten (um die geht es nämlich hier) Mafiosi wären. Denn der Anteil der organisierten Verbrecher im Kreis derer, die Lobbyisten beschäftigen, entzieht sich meiner Kenntnis und ist wohl auch schwer zu eruieren.

Was obige Überlegung aber für uns alle interessant macht ist die mit ihr zusammenhängende Erkenntnis, dass Lobbying längst zum alles entscheidenden „Verbindungsstück“ zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik geworden ist. Dass wir in einer „Lobbykratie“ leben, in der globale Potentiale und Zugänge „auf höchster Ebene“ mehr bewirken als die Stimme der Wähler. Die Frage ist, wie rasch aus dem bisherigen „Closed Shop“ der selbst oder mit Hilfe von Profis lobbyierenden Manager von Konzernen, Finanzimperien und Sozialorganisationen ein offener „Lobby-Marktplatz“ wird, in dem sich auch die bisher benachteiligten Gruppierungen durchsetzen können.

Jetzt auf einmal – Strasser und Kollegen sei Dank – überschlagen sich alle mit Forderungen nach Lobbyisten-Registern, Ethik-Richtlinien und verschärften Antikorruptions-Gesetzen. Bei genauem Hinsehen ist aber zu erkennen, dass das eher nur als Teillösung sowie als Ablenkungsmanöver derjenigen zu werten ist, die tatsächlich einschneidende Maßnahmen gegen den Einfluss der Profi-Lobbyisten und Mega-Lobbies abwenden wollen. Weil Gesetze und Re-

geln noch nie alleine rücksichtslose Übermacht zügeln konnten.

Zur Erinnerung: Die Steuern, die für die Rettung von Staaten, globalen Finanzorganisationen und Groß-Arbeitgebern sowie die Aufrechterhaltung des Sozialstaates verwendet werden, zahlen vor allem die mittelständische Wirtschaft und deren Mitarbeiter. Viele Einsparungen gehen auch zu Lasten der wichtige Leistungen erbringenden NPOs, Regionen und Kommunen.

Wer diese Problematik lösen und Benachteiligungen ausgleichen will, muss auch die völlige Transparenz auf dem Gebiet der Wahlspenden und der finanziellen Abhängigkeit von Abgeordneten andenken. Ein Berufsverbot für Abgeordnete erscheint mir aber kontraproduktiv, weil dann im Parlament niemand mehr wüsste, wie es „da draußen“ wirklich aussieht.

Der wichtigste Schritt aber wäre ein neuer, wesentlich verstärkter Zugang zu Know-how und Strukturen des modernen Lobbying für die KMU und die mit ihnen verbundenen Kommunen und NPOs. Das gilt für einzelne Unternehmer, die sich dadurch besser mit innovativen Ideen durchsetzen könnten, das gilt für kleinere KMU-Gruppen, welche gemeinsam in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Institutionen und Verbänden mehr Unterstützung fänden und das gilt auch für die KMU-Interessenvertreter, die auf dem Verständnis und dem Engagement „emanzipierter“ Mitglieder leichter aufbauen könnten.

Dabei sollte die aktuelle Diskussion keinesfalls dazu führen, dass sich die normalen, gesetzestreu und nachhaltig agierenden Unternehmer und Manager jetzt nicht trauen Lobbying zu betreiben, nur weil sie glauben, das wäre a priori unanständig.

Nein: Lobbying kann auch völlig sauber und fair betrieben werden, es kommt nur auf die Ziele an. Wenn diese nicht auf die Vorteile weniger Privilegierter, sondern auf die Mehrheit und die Mitte der Gesellschaft ausgerichtet sind, dann braucht sich niemand fürs Lobbying zu genieren. In diesem Sinne agierende KMU-Lobbyisten sind also keine Nachfolger von „Killern“, sondern positive Gestalter einer guten Zukunft für uns alle.